



HANS WICKART
Der Zuger steht einer neuen Gruppe vor, die der Alterspolitik hier zum Durchbruch verhelfen will. Seite 21

ZENTRALSCHWEIZ

ZUG

NEUE LUZERNER ZEITUNG NEUE URNER ZEITUNG NEUE SCHWYZER ZEITUNG NEUE OBWALDNER ZEITUNG NEUE NIDWALDNER ZEITUNG NEUE ZUGER ZEITUNG

Gesundheitswesen

Die Regierung will den Wettbewerb

Bald wird in der Schweiz eine neue Initiative zur Schaffung einer Einheitskrankenkasse gestartet. Die Zuger Regierung will diese nicht unterstützen.

VON YVONNE ANLIKER
yvonne.anliker@neue-zz.ch

Alle Jahre wieder: Auch im Jahr 2011 werden die Prämien für die obligatorische Krankenversicherung wohl wieder empfindlich steigen. «Beunruhigend.» So bezeichnet der Zuger Gesundheitsdirektor Joachim Eder diese Entwicklung. Seine sechs Regierungskollegen sehen das ähnlich: Es brauche eine Trendwende, damit die Finanzierbarkeit der medizinischen Grundversorgung für alle aufrechterhalten werden

könne, schreibt die kantonale Exekutive deshalb in ihrer Antwort auf eine Interpellation der AGF im Kantonsrat. «Im interkantonalen Vergleich steht unser Kanton allerdings sehr gut da.» Personen mit kleinen und mittleren Einkommen würden nämlich dank der Prämienverbilligung deutlich entlastet.

Für Innovationen

Aber eben, so weitergehen sollte es trotzdem nicht, findet die Regierung. Für die Bekämpfung der steigenden Prämien ist für sie eine Einheitskrankenkasse aber nicht das richtige Mittel. «Das Hauptargument der Befürworter einer Einheitskasse für die Grundversicherung lautet, dass dadurch gewisse Administrationskosten reduziert werden könnten», sagt Eder. Doch die Verwaltungskosten bei Krankenversicherungen würden bei der Grundversicherung heute nur rund 5 Prozent der gesamten Prämieinnahmen betragen. Knapp 95

Prozent der Mittel gingen in die Leistungen. Dort seien auch die bedeutenden Kostentreiber zu suchen. «Die Monopolisierung ist somit der falsche Ansatzpunkt», sagt Eder. Zumal es ohne Wett-



«Konkurrenz tut gut.»

JOACHIM EDER,
GESUNDHEITSDIREKTOR

bewerb keine Innovationen gebe. «Konkurrenz tut gut.»

Kantonsrätin Erwina Winiger (Cham), Fraktionschefin der Alternati-

ve, kann diese ablehnende Antwort nicht verstehen. «Ich bin nicht erfreut darüber, dass die Regierung nach wie vor den Wettbewerb unter den Krankenkassen goutiert.» Denn dieser führe zu absurden Kämpfen um gute Risiken, sprich um Versicherte mit geringem Risiko. In diesem Punkt pflichtet ihr Eder bei. Der Risikoausgleich sei unvollständig. Der Gesundheitsdirektor weist diesbezüglich jedoch ausdrücklich auf Bestrebungen aus Bern, diesen Missstand zu beheben.

Trotzdem, Erwina Winiger bleibt dabei: Werde der Wettbewerb unterbunden, vergünstige dies die administrativen Abläufe. Es sei gut möglich, so Winiger, dass die Verwaltungskosten nur 5 Prozent betragen. «Aber immerhin, irgendwo muss man ja ansetzen.» Für sie steht deshalb fest, «dass im Gesundheitswesen der Wettbewerb keinen Platz hat». Aber, entgegnet Eder, mit einer Einheitskrankenkasse würde

EXPRESS

► Die Alternative-Grüne-Fraktion hat Fragen zur Thematik gestellt.

► Deren Chefin ist mit der Antwort der Regierung nicht zufrieden.

das Gesundheitssystem quasi verstaatlicht, «Versicherte hätten kein Wahlrecht mehr». Dem widerspricht Winiger nicht. Doch es könne auch eine Dienstleistung an die Versicherten sein, sich nicht mehr entscheiden zu müssen. «Auch bei den Telefonanbietern habe ich eine Vielzahl an Möglichkeiten, aber es ist ermüdend und zeitaufwendig, nach dem richtigen Angebot zu suchen.»

Es gehe kaum vorwärts

Lobende Worte findet die Kantonsrätin hingegen, wenn die eigenen Bestrebungen des Kantons zur Reduktion der Prämien zur Sprache kommen. «Ja, Zug macht diesbezüglich viel», sagt Winiger. Gesundheitsdirektor Eder pflichtet bei: «Wo der Kanton Zug zuständig ist, nutzen wir die Chancen zur Effizienzsteigerung konsequent.» So setze sich der Kanton «sehr aktiv» für nachhaltige Gesundheitsförderung und Prävention ein. Und Zug sei beispielsweise beim viel diskutierten Thema «Abbau von überzähligen Spitalbetten» mit gutem Beispiel vorangegangen und habe die Anzahl Betten und Spitäler seit den Neunzigerjahren halbiert.

Gleichzeitig gelte es aber, die Bestrebungen der Gesundheitskommission des Nationalrats, die sich für die Förderung der Managed Care (Ärztetzwerk) einsetzt und hierfür Anreize schaffen will, zu unterstützen. «Aber gegen quasi jeden Verbesserungsschritt im Gesundheitswesen laufen verschiedene Gruppierungen Sturm. So kommen wir nicht vorwärts», beklagt sich der Gesundheitsdirektor.

Nächste Abstimmung folgt wohl

Bezüglich Einheitskrankenkasse weist Eder ausserdem auf die Abstimmung im März 2007 hin: Damals hat das Schweizer Volk – mitunter der Kanton Zug – die Einführung einer Einheitskasse deutlich abgelehnt. Das Thema ist trotzdem längst nicht vom Tisch. Denn im Herbst dieses Jahres soll eine neue Volksinitiative gestartet werden.



Die medizinische Grundversorgung soll für alle finanzierbar bleiben, sagt die Regierung.

BILD WERNER SCHELBERT

Glasunfall in Zug

«Vereinzelt kommt es zu Schwierigkeiten»

Einscheibensicherheitsglas wird vielerorts eingesetzt. Wie Schäden entstünden, sei bekannt, sagt der Leiter des Instituts für Glas am Bau.

Wie kann es sein, dass sich innerhalb von drei Tagen gleich zwei Glasplatten an derselben Fassade lösen? Mit solchen und ähnlichen Fragen setzt sich das Schweizerische Institut für Glas am Bau (Sigab) auseinander. Die Stiftung mit Büros in Schlieren ist eine neutrale Fachstelle, welche die fachgerechte und sinnvolle Verwendung von Glas am Bau fördert. Ihre Fachleute erstellen Expertisen – wie etwa jene im Fall des Zuger Kantonsspitals, wo seit der Eröffnung zwei Lüftungsflügel plötzlich zerbrochen sind. Nach Antworten sucht man auch im Umfeld der Zuger Dammstrasse, wo am Freitag eine Glasplatte in einer Hausfassade geborsten ist. Deren Splitter verletzte eine 32-jährige Frau. Weitere Teile einer gläsernen Platte stürzten am Sonntagvormittag ab. Ver-

letzt wurde niemand. Die Eigentümerin, die Swiss Prime Site AG, hat die nähere Umgebung des Gebäudes mit Gittern abgesperren lassen (Neue ZZ von gestern).

War es ein spitzer Gegenstand?

Mit dem Begriff Explosion tut sich Architekt und Glasbauexperte Markus Läubli, der Leiter des Sigab, etwas schwer. «In der Glasbaubranche spricht man in solchen Fällen von Spontanbrüchen.» In Zug sei in diesem Zusammenhang fast zu viel geschrieben worden. Weltweit existierten tausende Bauten, die heiss gelagertes Einscheibensicherheitsglas (ESG) verwendeten. «Vereinzelt kommt es zu Schwierigkeiten.» Dafür, dass ein solches Fassadenglas kaputtgehe, kämen drei Gründe in Frage. «Äusserer Einwirkungen», zählt Läubli auf, «durch einen spitzen Gegenstand wie beispielsweise einen Stein oder einen Hammer.» Durch mechanische Einwirkung werde dabei die äusserste Schicht, die sogenannte Druckzone, kaputtgemacht. Sie macht das Glas erst erhöht schlagfest und ballwurfsicher. «ESG wird aus diesen Gründen im Fahrzeugbau für Seiten- und Heckscheiben verwendet.»

Die Gläser können aber auch durch den Kontakt mit der Konstruktion selbst – durch Metall, das hervorsteht –



«Erst eine Expertise wird Klarheit bringen.»

MARKUS LÄUBLI,
INSTITUT FÜR GLAS AM BAU

Schaden nehmen, so Läubli. «Wenn durch solche Belastungen die zulässige Spannung im Glas überschritten wird, kann das Glas spontan bersten.»

Expertise vor zwei Jahren

Als dritte Ursache nennt Läubli die Verunreinigungen in der Glasmasse durch Nickelsulfid-Einschlüsse, wie sie nur bei ESG vorkommen. «Wenn sie

sich bei Hitze ausdehnen, geht die innere Zugzone kaputt.» Der Effekt ist derselbe: Die Scheibe zersplittert in zig kleine Krümel. Ein sogenannter Heat-Soak-Test, um diese Gefahr zu minimieren, wurde durchgeführt, bestätigt Läubli. Sein Institut hat nach dem ersten Glassturz vor zwei Jahren für den Generalunternehmer ein Gutachten erstellt. Einzelne Fassadengläser seien damals ausgebaut und überprüft worden.

Ein kleines Risiko bleibt immer

Ein Restrisiko bleibe, sagt der Experte. Im Fall von Nickelsulfid-Einschlüssen lasse es sich nach Norm beziffern: ein Bruch unter 400 Tonnen Glas. Das entspreche bei einem 8 Millimeter dicken Glas einer Fläche von rund 20 000 Quadratmetern, rechnet Läubli vor. Damit liegt aber doch die Wahrscheinlichkeit, dass Teile der Fassade deswegen zu Bruch gingen, in einem verschwindend kleinen Bereich? Spekulieren über die Gründe wolle er nicht, sagt er. «Erst eine Expertise über die Unterkonstruktion, den Einfluss der Hitze und die Gläser wird Klarheit bringen.»

CHANTAL DESBIOLLES
chantal.desbiolles@neue-zz.ch

Interpellation

Egler fordert Quotenregelung

ny. In einer Motion fordert Kantonsrätin Bettina Egler (SP, Baar), dass 1 Prozent der Arbeitsplätze in der kantonalen Verwaltung mit Menschen mit einer Leistungseinschränkung besetzt werden. Wirtschaft und die Verwaltung seien mit der Annahme der 5. IV-Revision aufgefordert, Arbeitsplätze für die Integration von Menschen mit Leistungseinschränkungen zur Verfügung zu stellen.

Über drei Viertel der Ursachen, die zu einer Leistungseinschränkung geführt hätten, seien nicht auf einen Unfall, sondern auf eine Krankheit zurückzuführen, und über die Hälfte davon auf psychische Erkrankungen. Oft seien diese Menschen auf einen Arbeitsplatz in einer Betreuungsinstitution angewiesen. Doch diese Arbeitgeber würden unter der Wirtschaftskrise leiden und könnten nicht viele weitere Arbeitsplätze schaffen. Die Verwaltung hingegen könne auch in Krisenzeiten keine Kurzarbeit oder Auftragsrückgänge. Im Gegenteil, einzelne Abteilungen seien sogar stärker unter Druck, weil neue Projekte lanciert und rechtzeitig umgesetzt werden müssten.